

ASSIA TEODOSSIEVA

Bulgarien an der Schwelle zum EU-Beitritt

Gewinne, Kosten und soziale Dimensionen

Das (gemeinsame?) Haus Europa

Kann man das Jahr 2004 im Zusammenhang mit der gefeierten Verfassungsunterzeichnung als das Jahr der großen Hoffnungen in der Europäischen Union betrachten, so erwies sich 2005 als das Jahr der großen Enttäuschung: In Frankreich und in den Niederlanden wurde die EU-Verfassung in Volksabstimmungen abgelehnt. Und noch sind nicht alle Ratifizierungen gelaufen. Ohne das »Ja« der 25 Mitgliedsstaaten tritt die Verfassung nicht in Kraft.

Das Scheitern des ambitionierten Projekts hat seine Gründe nicht zuletzt im fehlenden Willen der Politiker, die Unzufriedenheit der eigenen Bevölkerung wahrzunehmen. Es mag sein, dass die Ablehnung ein Zeichen für ungelöste innenpolitische Probleme ist. Es ist aber auch wahr, dass die politischen Eliten Europa in den letzten Jahren in Richtung Neoliberalismus geführt haben. Mag sein, dass es ökonomische Gründe gibt, die für einen solchen Kurs sprechen. Wahr ist aber auch, dass das eine ernsthafte Bedrohung für den bis jetzt im Sozialbereich geschaffenen Fortschritt bedeutet. Haben die Politiker vielleicht vergessen, dass die große Idee von Europa nicht nur politische und wirtschaftliche Dimensionen hat, sondern auch ein bestimmtes Niveau an sozialer Sicherheit und Zufriedenheit?

Ein ambitioniertes Projekt wie die Schaffung einer europäischen Verfassung braucht eine breite demokratische Legitimation. An einem Entwurf, der so schnell entwickelt wurde, dass nur wenige Monate für andere Ideen, Änderungsvorschläge und öffentliche Debatten blieben, musste man von Beginn an zweifeln. Befürchten doch viele, dass mit ihr die Ära des puren Neoliberalismus in Europa eingeleitet wird. Das »Nein« der Referenden in Frankreich und den Niederlanden ist gewiss keine Ablehnung der Idee der Vereinigung der Kulturen, der in Jahrhunderten entstandenen geistigen Werte und Zivilisationen Europas. Es ist aber sehr wohl ein Zeichen gegen das heutige »Brüssel-Europa«, das zu einer großen bürokratischen Maschine geworden ist, die nach immer mehr Macht und Kontrolle strebt.¹ Die Menschen hatten Angst und das Gefühl, nicht genug informiert zu sein. Und sie wollten nicht unter Zeitdruck stehen. Schließlich handelt es sich um eine Übertragung von Souveränität auf die EU, die für Jahrzehnte bindend sein wird. Die dem »Nein« folgende Krise in der Union zeigte, wie zerbrechlich große, »im Namen der Völker Europas« gemachte Pläne sind, wenn sie nicht den wirklichen Willen dieser Völker widerspiegeln. Die gescheiterten Debatten über den neuen Finanzrahmen des Unionsbudgets während des EU-Gipfels am 16. Juni 2005 zeigen da-

Assia Teodossieva – Jg. 1972; Juristin; 1996 Absolventin der Universität »Sw. Kliment Ohridki«, Sofia (Bulgarien) in den Fächern Jura und Wirtschaftswissenschaft, 2001 des L.L.M.-Aufbaustudien-ganges an der TU Dresden im Fach Europarecht mit Schwerpunkt EU-Erweiterung; Magister Legum in Europäischem Integrationsrecht; seit April 2002 Promovendin an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin; Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zuletzt in UTOPIE kreativ: Bulgarien zwischen Jahrtausendgeschichte und Globalisierung, Heft 162 (April 2004).

1 Dimitar Ivanov: Trusove v ES, a vlastta ni predlaga pasti, in: »Trud« v. 7. Juni 2005, S. 12.

rüber hinaus, dass die nationalen Egoismen mitnichten bereits von der Karte Europas verschwunden sind – auch wenn die Öffnung der Grenzen anderes vermuten lassen müsste.

Die Politiker, überzeugt von den politischen und wirtschaftlichen Vorteilen einer erweiterten, durch eine Verfassung gestärkten Union, scheiterten in dem Versuch, ihre eigene Überzeugung auch den eigenen Völkern nahe zu bringen. In der Politik werden unpopuläre und schwierige Entscheidungen häufig nicht durch Volksbefragungen und Referenden, sondern durch die nationalen Parlamente durchgezogen. Die Erweiterungsrunde von 2004 – die bisher größte in der Geschichte der Union² – hatte die Aufgabe, eine »Vollendung Europas« zu erreichen. Große Teile der Bevölkerung der »alten« EU³ hatten aber das Gefühl, diese Erweiterung sei viel zu schnell gekommen. Die Politiker feierten sie als großen Schritt vorwärts, aber in vielen Unionsbürgern blieb das Gefühl, dass alles »von oben« organisiert worden sei. Hier liegen die Wurzeln des Misstrauens auch gegenüber der Verfassung Europas.

2 Aufgenommen wurden Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Damit umfasst die EU 25 Mitgliedsstaaten.

3 Die »alten« Mitglieder sind: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande (Gründungsmitglieder); Dänemark, Großbritannien, Irland (1973 beigetreten); Griechenland (1981); Portugal, Spanien (1986); Finnland, Österreich, Schweden (1995).

4 Nach einer Umfrage des Instituts Allensbach (23. April bis 8. Mai 2005) ist die deutsche Bevölkerung eher gegen eine neuerliche EU-Erweiterung als für sie. Sie würde eine politische Vertiefung der Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten bevorzugen. Für den EU-Beitritt Bulgariens sind demnach 24 %, gegen ihn 49 %; für den EU-Beitritt Rumäniens sind 19 %, gegen ihn 53 %; und für den EU-Beitritt der Türkei sind 12 %, gegen ihn 66 %.

Was ist mit den »Neuen«?

Die zehn im Jahre 2004 aufgenommenen neuen EU-Mitglieder haben in den letzten 15 Jahren vielerlei Anstrengungen unternommen, um ins Haus Europa umziehen zu dürfen. Gleichzeitig liefen in der EU unter den 15 »Alt«-Mitgliedern bereits die Verfassungsverhandlungen. Die Neuen waren glücklich, bereits als Beitrittskandidaten zur »Mitarbeit« im Konvent eingeladen worden zu sein. In der Realität blieben sie zwar nur Beobachter, aber man konnte sie später mit in Verantwortung nehmen, denn sie »waren dabei«.

Nun muss man jedoch konstatieren, dass die Begeisterung für eine immer größer werdende EU bei den alten und neuen Mitgliedsstaaten unterschiedlich groß ist. Die neu gebackenen EU-Bürger sind immer noch euphorisch und weniger kritisch. Der Vergleich mit ihrer Vergangenheit macht ihnen das angebotene »Projekt Europa« natürlich attraktiv. Die Bewohner der »alten« Mitglieder aber sind mit den Jahren kritischer geworden.⁴ Während die Nachkriegsgenerationen Europa von den Kriegswunden heilen und aus der Asche wieder aufbauen sollten, legen ihre Kinder und Enkel mehr Wert auf den Inhalt des nun geschaffenen »Hauses Europas«. Sie schätzen die Vorteile des Lebens in einem zusammengewachsenen Europa, aber sie wissen auch, was das kosten kann. Sie fragen vorsichtig: Was soll die Zukunft bringen? Und um welchen Preis? Besonders die Jungen sind kritisch. Sie wollen nicht nur Fragen stellen, sondern auch mitmachen und mitwirken. Schließlich sind sie es, die in jenem Europa leben, das heute vor ihren Augen neu modelliert wird.

In der Zeit vor der Wende war die Zukunft der Jugend in den neuen Demokratien aus dem östlichen Teil des Kontinents irgendwie vorprogrammiert. Ein Minimum an Sicherheit gehörte dazu. Heutzutage sieht die Welt für sie anders aus. Was immer die Zukunft bringt – es ist auf keinen Fall ein gesichertes Leben. Ihre Rettung in dieser schnell sich verändernden Umgebung besteht nur in einem: flexibel zu sein. Das ist das Gebot des Westens.

Nach der Wende in Ost-Deutschland und in den neuen Demokratien im östlichen Teil des Kontinents war die politische Laune rebel-

lisch geprägt. »Was immer es kosten mag – bloß nie wieder das Alte«, war das Motto. Mit den Jahren aber wurde klar, dass die politischen Änderungen nicht blitzschnell eine andere Welt bringen konnten. Die Umwandlung braucht viel mehr Zeit und Planung, als am Anfang vermutet. Vieles ist zu schnell gemacht worden. Auf der Grundlage der bereits existierenden Ökonomie hätte man wesentlich mehr aufbauen können als – wie es in der Realität geschah – auf den Trümmern einer völlig zerstörten Wirtschaft. Sicher wäre es klüger gewesen, die existierenden Auslandsmärkte nicht leichtsinnig abzugeben und das vor der Wende Erreichte nicht einfach als »gebrandmarkt« abzulehnen. Diese Erfahrung hätten die älteren Generationen den Jüngeren besser übertragen können. Die Modellierer der neuen postkommunistischen Welt wollten keine Zeit verlieren. Sie waren überzeugt von ihrer eigenen Kraft und vom Erfolg. Den Faktor »Zeit« aber haben sie unterschätzt. Dabei ist doch offensichtlich, dass alles, was bei »Null« oder gar bei »Minus« anfängt, Zeit braucht, um sich entwickeln zu können.

Politische Belastungen, wirtschaftliche Kosten und soziale Erwartungen

Zum ersten Mal in seiner Geschichte ist Europa heute friedlich vereinigt. Die EU gibt Millionen ihrer Bürger seit 50 Jahren das verheißungsvolle Versprechen, Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten. Sie setzt sich außerdem die Aufgabe, Hunderten Millionen Bedürftigen in den Entwicklungsländern zu helfen. Die Erweiterungsrunde von 2004 vergrößerte nicht nur die Stabilität auf dem Kontinent, sondern auch die Macht und das Prestige des einzigartigen Staatenbundes auf der internationalen Ebene.

Andererseits bringt die Erweiterung in der Struktur der Union Änderungen in der Stimmengewichtung, eine Erweiterung der Brüsseler Administration, eine Vergrößerung der Zahl der Netto-Nehmer und eine Verminderung der Zahl der Netto-Geber sowie neue Möglichkeiten für die kleinen Staaten mit sich, sich umzugruppieren, um der Macht der Großen etwas entgegen zu setzen. Es ist kein Wunder, dass dies alles zu Unsicherheit, Angst und Besorgnis führt.

Makroökonomisch gesehen, erwarten Experten von der Erweiterung langfristig große wirtschaftliche Vorteile wie Erweiterung und Integration des Marktes mit der Folge der Produktionsstimulierung, Senkung der Produktions- und Transportkosten, Verlagerung von Produktion in die neuen Mitgliedsländer. Das – natürlich – ist ein entscheidender Impuls für das Vorantreiben dieses Prozesses. Kurzfristig aber entstehen erhebliche Probleme. Die 25-Mitglieder-EU ist durch große Entwicklungsunterschiede geprägt. Im Vergleich zur EU-15 ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der EU-25 wesentlich geringer – als Folge der durchschnittlichen Produktivität und der Anteil der nicht so gut entwickelten Marktwirtschaft der neuen Mitglieder.⁵ Mit der Erweiterungsrunde von 2004 erhöhte sich die Bevölkerungszahl gegenüber der EU-15 um 20 %, aber das Bruttoinlandsprodukt wuchs nur um 5 %.⁶

Eine Liberalisierung der Arbeitsmärkte würde vor allem den Angehörigen der Beitrittsländer zustatten kommen. In den älteren EU-Ländern sind die Ängste und Besorgnisse in diesem Zusammenhang

5 In: »Buletin Evropa«, Nr. 5/2003, S. 6.

6 »Dnevnik online«, Europejski perspektivi, www.dnevnik.bg/evropa (Stand 19. Februar 2004).

groß, da eine Arbeitsmigration aus den Beitrittsländern befürchtet wird. Aus diesem Grund wurden mit den Kandidaten aus Mittel- und Osteuropa vor dem Beitritt Übergangsregelungen vereinbart. Die in ihnen enthaltenen Sperrfristen können die alten EU-Mitglieder abhängig von ihrer innerstaatlichen Arbeitsmarktlage nach Absprache mit der Kommission um einige Jahre verlängern. Insgesamt sollen aber sieben Jahre nach dem Beitritt die Arbeitsmärkte auch für die neuen EU-Bürger völlig geöffnet werden.

In der Regional- und Agrarpolitik sind vor allem die Länder aus der Mittelmeerregion (Griechenland, Italien, Spanien, Portugal) betroffen, die mit den neuen ärmeren Mitgliedern die EU-Beihilfen teilen sollen, was eine umfassende Reform der EU-Agrarpolitik notwendig macht.

Anfang 2004 begründete die EU eine Erhöhung der Budgetmittel für Regionalentwicklung für den Zeitraum 2007-2013 mit dem Erfolg jener »Annäherungspolitik«, die in der Vergangenheit zu einer Verminderung der Gegensätze zwischen den Mitgliedsländern geführt hatte. Dem Vorschlag zufolge sollen die 15 Alt-Mitglieder 52 % (174 Mrd. Euro) der Finanzmittel für die Regionalpolitik und den Strukturfonds bekommen, der sich insgesamt auf 336 Mrd. Euro oder ein Drittel des EU-Budgets beläuft. Die 10 neuen Mitglieder sollen 42 % (140 Mrd. Euro), Bulgarien und Rumänien (deren Beitritt im Jahr 2007 erwartet wird) 6 % (22 Mrd. Euro) erhalten.⁷

7 Ebenda.

Politisch betrachtet ist der Gewinn an Sicherheit für die neuen und die zukünftigen EU-Mitgliedsländer im Vergleich zu den wirtschaftlichen und finanziellen Vorteilen viel bedeutender.

Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien trägt ohne Zweifel zur Demokratievertiefung, zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur liberalen Gesetzgebung in diesen Ländern bei. Ihre Integration bedeutet eine natürliche Fortsetzung des politischen und wirtschaftlichen Wandels nach der Wende.

Von den politischen Eliten der neuen Mitgliedsländer wurde deren EU-Beitritt als ein Weg ohne Alternative dargestellt. Aus dieser Sicht sind wirtschaftlich betrachtet zwei Aspekte für die Entwicklung der neuen und zukünftigen EU-Mitglieder herauszuheben: der Binnenmarktzugang und die Übernahme des EU-Rechts. Die Hauptgewinne sind mit der Liberalisierung des Handels und den Außeninvestitionen verbunden. Die ausländischen Direktinvestitionen nehmen als Folge eines reduzierten politischen Risikos zu. Die Hoffnungen der Bevölkerung richten sich auf ein erhöhtes Wirtschaftswachstum, bessere Lebensqualität und höhere ökologische Standards. Die Gesellschaft insgesamt – so heißt es – profitiert von den Reformen, da sie mehr Transparenz und erhöhte Finanzkontrolle mit sich bringen.

8 Bulgarien unterzeichnete als drittes Land nach Polen und Ungarn sein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten. Vgl. Amtsblatt Nr. L 358 vom 31. Dezember 1994, S. 0003-0222.

Bulgariens Weg in die EU – Schwierigkeiten, Herausforderungen und Widersprüche

Siebzehn Jahre nach der Herstellung von bilateralen Beziehungen mit der EU wurde Bulgarien aus verschiedenen Gründen nicht Teil der Erweiterungsrunde von 2004. Das war für viele Bulgaren eine schmerzhaft Erfahrung, da das Land in den 90er Jahren eines der damals nur sechs assoziierten Länder war, aber später von anderen Kandidaten überholt wurde.⁸

Lange Jahre hat sich Bulgarien intensiv vorbereitet. Als erster unter den mittel- und osteuropäischen Kandidaten stellte es ein Nationales Programm für die Annahme des EU-Rechts (*acquis communautaire*) vor. Es wurde ein nationaler Mechanismus für die Koordinierung der Aktivitäten der europäischen Integration geschaffen. Es folgten eine nationale Strategie für den EU-Beitritt und ein Programm für die Umsetzung dieser Strategie. Was die Öffentlichkeit betraf, brachte dies alles aber keine Klarheit dahingehend, was letztendlich vom Staat vor und nach dem Beitritt geleistet werden soll. Zwar versprachen die Politiker eine fast magische Lösung der Probleme der ziemlich lange dauernden wirtschaftlichen Umwandlung. Aber was die Kosten und der soziale Preis des Beitrittes sind, welche Gegenleistung von der Bevölkerung erwartet wird – das traute sich niemand zu erklären.

Jetzt unternimmt Bulgarien alle nur denkbaren Anstrengungen, um 2007 in die EU aufgenommen zu werden. Es gab viel Aufregung und auch Kritik im Lande selbst: Die Beitrittsverhandlungen seien zu schnell und untransparent gelaufen, neue Regulationsmechanismen seien »nach Masse« übernommen worden, Kompromisse mit der Europäischen Kommission seien zu Lasten des nationalen Interesses gegangen (z. B. Schließung von voll funktionsfähigen und dem Weltsicherheitsstandard entsprechenden Reaktoren des Atomkraftwerks Kozlodui).

Im Grundsatz hat Bulgarien seine »europäische Wahl« längst getroffen. 80-90 % der Bevölkerung haben die Idee der europäischen Integration Bulgariens immer begrüßt. Nach der Wende am 10. November 1989 stimmten Hunderttausende Bulgaren individuell mit den Füßen ab, indem sie nach Westeuropa auswanderten. Ihre Geldüberweisungen sind heute nach offiziellen Schätzungen die größte Einnahmequelle im bulgarischen Staatsbudget. Tausende bulgarische Jugendliche bekommen zurzeit ihre Ausbildung in Europa und tragen den guten Ruf der bulgarischen Ausbildung, Wissenschaft und Kultur auf den Kontinent.

Die neue Rolle, die Bulgarien für sich in der Welt sucht, ist jedoch mit vielen Schwierigkeiten und Widersprüchen verbunden.

Nach der Wende von 1989 waren die politischen Rahmenbedingungen für eine günstige Entwicklung gegeben. Dennoch gab es erhebliche Probleme. 1997 löste die Koalition der vereinigten demokratischen Kräfte die Bulgarische Sozialistische Partei mit dem Ziel ab, Bulgarien nach Jahren der Misswirtschaft auf Reformkurs zu bringen. Die nachfolgenden Regierungen behaupteten mit Stolz, dass im »Pulverfass Balkan« Bulgarien als das politisch und wirtschaftlich stabilste Land gelte.

Der Transformationsprozess brachte jedoch viele Härten mit sich. Umfragen zufolge wurde 1999 die wirtschaftliche Situation von 67,5 % der Bevölkerung als »schwierig« bezeichnet, im Jahre 2004 von 75,4 %. Die Situation verschlechtert sich – so meinten 55 % im Jahre 1999 und 68 % 2004. Diese Tendenz zeigt, dass das Leben nach der Wende dauernd als schwieriger und die persönliche Finanzlage als beschränkter bezeichnet wird. Dies wird in der Presse als »De-Europäisierung« der Privatsphäre des durchschnittlichen Bulgaren kommentiert. Einerseits habe die Bevölkerung das Gefühl,

9 Georgi Koritarov, in: »Makrooptimismus na nistetata«, 19. Februar 2004, S. 2.

10 Die erfolgreiche Arbeit des Währungsrats im Zusammenhang mit einer geschickten Finanzpolitik führte während der Regierungszeit der Koalition des Simeon Sachs-Coburgotski 2004 zu einem Budgetüberschuss. Es gab eine heftige Debatte darüber, wozu die Gelder genutzt werden sollten. Es wurde u. a. vorgeschlagen, die Gelder zur Bedienung der Auslandsschulden einzusetzen (Steve Hanke in: »168 tschasa« v. 28. 1. - 3. 2. 2005, S. 15). Im Gegensatz zu den Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds erhöhte die bulgarische Regierung unter Premier Simeon Sachs-Coburgotski den Minimallohn von 120 Leva auf 150 Leva und erklärte, die Überschüsse für Infrastruktur- und andere Projekte einsetzen zu wollen.

11 Nach der Wende in Bulgarien (1989) konnten weder die linken noch die rechten Parteien das Vertrauen der Bürger für längere Zeit gewinnen. Die Enttäuschung führte dazu, dass sogar der Ex-König von Bulgarien – der deutschstämmige Simeon Sachs-Coburgotski, der mit sechs Jahren vom damaligen kommunistischen Regime ins Exil getrieben worden war – 2001 Premierminister werden konnte. Mitte Februar 2005 erlebte seine Regierung eine ihrer größten Krisen, die mit einem – allerdings nicht erfolgreichen – Misstrauensvotum des Parlaments endete. Grund dafür waren Privatisierungsversuche in der bulgarischen Tabak-

dass das Leben immer schlechter wird. Andererseits bekomme sie ständig Versicherungen von der Regierung über die Fristeinhaltung und die großen Fortschritte bei der unmittelbar vorstehenden EU-Integration.⁹

Nach der Finanz- und Währungskrise von 1998 schloss die Regierung ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds ab. Darin verpflichtete sich Sofia zur vollständigen Privatisierung der Industrie, zur Reformierung der Landwirtschaft, zur Stärkung des Bankenwesens, zu Verwaltungs- und Gesetzesreformen und zum Kampf gegen die Korruption.

Die Einführung des Währungsrats 1997 forderte eine strenge Finanzdisziplin. Seitdem hat sich die Wirtschaft stabilisiert.¹⁰ Wegen der Langsamkeit der Reformen konnte die bulgarische Wirtschaft indes ihre tatsächlichen Potenziale noch nicht entwickeln.¹¹

Außenpolitisch hat sich die bulgarische Unterstützung der NATO im Kosovo-Krieg bezahlt gemacht. Auf ihrem Gipfel im Dezember 1999 in Helsinki nahm die EU Bulgarien in den engeren Kreis der Beitrittskandidaten zur Union auf. Es folgte eine Unterstützung des Irak-Krieges der USA und ihrer Alliierten – trotz der Drohungen seitens des französischen Präsidenten Jacques Chirac, dass Bulgarien, wenn es in die EU wolle, auf diese Unterstützung verzichten solle. Das Jahr 2004 könnte als das Jahr Bulgariens bezeichnet werden, denn in diesem Jahr wurde das Land NATO-Mitglied und beendete die EU-Beitrittsverhandlungen. Außerdem war Bulgarien am 6. Dezember 2004 Gastgeber für das Außenministertreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – des einzigen Forums, in dem die Staaten zwischen Vancouver und Wladiwostok gleichberechtigte Partner sind.

Auslandsinvestoren in Bulgarien

In November 2004 fand in Berlin eine zweitägige wirtschaftliche Konferenz über die Länder Südosteuropas statt. Teilnehmer waren Vertreter der großen Handelspartner in Deutschland – WAZ, Siemens, Deutsche Bank, Kaufland, Wintershall – und die Regierungschefs. Einige der Investoren rieten Bulgarien und Rumänien davon ab, schnell alle Regulationsvorschriften bei der Übernahme des EU-Rechts in die Praxis umzusetzen. Das könne auf die Investoren abschreckend wirken. Der größte Fürsprecher dieser Thesen war der Vertreter des Energiekonzerns Wintershall, der die Gasvorkommen in Rumänien ausbeutet und auch Interesse an der Gaserzeugung Bulgariens zeigt. Ganz anderer Meinung war Bodo Hombach, Chef des WAZ, Mitglied der Ostkommission bei der deutschen Wirtschaft und Leiter eines Forums der Investoren in der Region. Wer heute auf das EU-Recht verzichte, sagte er, könne nur als Agrargesellschaft, die für die eigenen Bedürfnisse produziert, weiter existieren.¹² Alle möglicherweise entstehenden Probleme seien viel geringer als die, die eine Nicht-EU-Mitgliedschaft mit sich bringen würde. Falls die deutsche Wirtschaft mit den EU-Regulationsvorschriften Probleme habe, so solle sie selbst in Brüssel dagegen kämpfen und nicht die Länder aus Südosteuropa vorschicken.

In der Korruptionsfrage verwahrte sich Hombach dagegen, den Balkan immer mit Korruption zu verbinden.

Bürokratie, Risiko bei Kapitalgewinn, Rechtsprobleme, fehlende Transparenz im Justizsystem – auf der Konferenz wurde klar, dass die Auslandsinvestoren immer noch mit Vorurteilen gegenüber den Balkanstaaten zu tun haben. Zugleich wurde zugegeben, dass diese Länder trotz der ökonomischen Schwierigkeiten viele Fortschritte gemacht haben.

Schwierige internationale Verwicklungen

Ein Thema, das die bulgarische Außenpolitik in den letzten Jahren stark geprägt hat und im Land wie im Ausland für viel Aufregung sorgt, ist die Tragödie der mit HIV-Virus infizierten 426 libyschen Kinder. Fünf in einem Krankenhaus in Benghazi (Libyen) arbeitende bulgarische Krankenschwestern waren von der libyschen Regierung beschuldigt worden, die libyschen Kinder absichtlich mit AIDS infiziert zu haben. Die Motive dafür seien politischer Natur gewesen. Die Krankenschwestern seien Teil einer weltweiten Konspiration gegen Libyen gewesen, deren Ziel angeblich die Untergrabung der Gesellschaftsordnung und Staatsform sei.¹³ Sie wurden 1999 inhaftiert. Von 1999 bis 2001 wurde keine Anklage gegen sie erhoben. Dann gab es ein Gerichtsverfahren, und am 6. Mai 2004 wurden die Krankenschwestern und ein palästinensischer Arzt von einem libyschen Gericht aufgrund mit Gewalt erzwungener Geständnisse zum Tode verurteilt. Bedeutende Experten haben im Zuge des Gerichtsverfahrens zugunsten der bulgarischen Krankenschwestern ausgesagt – so der Entdecker des HIV-Virus Prof. Luke Montanier und Prof. Vitorio Kolic. Ihre Expertisen zeigen, dass die Infektionen bereits vor dem Aufenthalt der bulgarischen Krankenschwestern im Krankenhaus stattgefunden haben. Nach Angaben der libyschen Opposition waren schon damals wegen schlechter hygienischer Bedingungen 153 Kinder mit HIV infiziert worden.¹⁴

In Bulgarien ist man von der Unschuld der Krankenschwestern überzeugt und lehnt die Forderung der libyschen Seite nach Kompensation für die betroffenen Familien ab.¹⁵

Die bulgarische Regierung versucht auch, die Öffentlichkeit im Ausland über das Problem zu informieren, und sucht nach möglichen diplomatischen und politischen Lösungen. Diese Bemühungen kollidieren aber mit der Unzulässigkeit jeglichen Einflusses auf ein im Prinzip unabhängiges Gerichtssystem. Trotzdem hat Bulgarien weltweit um Hilfe für die Rettung der Krankenschwestern gebeten und von verschiedenen Ländern wie auch internationalen Organisationen – darunter der EU, der UNO und der USA – politische Unterstützung bekommen.¹⁶ Bulgarien hat sich bereit erklärt, den infizierten Kindern und deren Familien, deren Ansprüche sich auf Millionen Dollar belaufen, medizinische und andere Hilfe zu gewähren, aber Entschädigungen lehnt es kategorisch ab. Dieser internationale Skandal, in dem das Leben von unschuldigen Kindern und Medizinern auf dem Spiel steht, findet seit Jahren aus politischen Gründen keine Lösung und ist ein Beispiel dafür, welche menschlichen Tragödien sich auch im »zivilisierten 21. Jahrhundert« immer noch abspielen können.

Bulgarien im Visier internationaler Kriminalität

Als Kandidat an der Schwelle des EU-Beitritts erweist sich Bulgarien als ein offensichtlich attraktives Land für die internationale

Industrie – einer Schlüsselindustrie für das Land, die für einen großen Teil der Bevölkerung in den südwestlichen Regionen des Landes eine wichtige Einnahmequelle darstellt. Die Bevölkerung dort ist überwiegend moslemisch und gilt als treue Wählerschaft der »Bewegung für Rechte und Freiheiten« (BRF) – des damaligen Koalitionspartners der Regierung Sachs-Coburgotski. Die BRF war gegen die Verhandlungen mit dem Privatisierungskandidaten British-American Tobacco und erklärte, ein Käufer müsse die Industrie auf jeden Fall bewahren und weiterentwickeln sowie sicherstellen, dass die Märkte erhalten bleiben (»BRF: Sprete pregovorite za Bulgartabak«, »24 tschasa«, 26. Januar 2005, S. 10). Aus den Wahlen im Sommer 2005 ging eine neue Regierung unter dem Sozialisten Sergei Stanishev hervor. Diese Regierung ist eine breite Koalition aus Sozialisten, aus der Partei des Ex-Premiers Simeon Sachs-Coburgotski und aus der BRF.

12 Mrazja da nabejdawat Balkanite za korupcia, »24 tschasa«, 20. November 2004, S. 11.

13 Obwinenijata, »Trud«, 7. Dezember 2004, S. 3.

14 Dokazatelstwa za newinnost, »Trud«, 7. Dezember 2004, S. 3.

15 Präsident Georgi Purvanov in: Platim li, priznawame medicite za winowni, »Trud«, 8. Dezember 2004, S. 5.

16 Position der EU-Sprecherin für Außenbeziehungen Emma Udwin in: EU: Lybien da pusne bul-

garkitel, »Trud«, 7. Dezember 2004, S. 3.

17 Pari na IRA bili prani v Sofia i Tripoli, »Trud«, 20. Februar 2005, S. 11.

18 Antoaneta Primatarowa: Zentur za liberalni strategii, in: Referendumut kato skatschane bez parashut, »Dnevnik online«, www.dnevnik.bg/evropa (Stand 19. Februar 2004).

19 Die Debatten wurden von Präsident Georgi Purvanov initiiert, der als Kandidat der bulgarischen Sozialistischen Partei 2001 die Präsidentschaftswahlen gewann.

20 Georgi Koritarov, in: »Makrooptimismus na nistetata«, a. a. O.

21 Man veranstatle ein »Referendum um das Referendum« – so die Ministerin für Europäische Integration, Meglena Kuneva.

22 Komunikatzionna strategija za prisaeedinjavane kum ES ili kak da se preodolee skeptizisma«, »Buletin Evropa« Nr. 2/2002, S.19.

23 Dimitur Sotirow in: »Buletin Evropa«, Ebenda.

Kriminalität (Drogentransport, Geldwäscherei, Geldfälscherei). Im Februar 2005 wurde den Name von Bulgarien auch mit dem großen Bankeinbruch vom 20. Dezember 2004 in Belfast in Verbindung gebracht. Irische Untersuchungsbeamte beschuldigten die Irische Republikanische Armee und behaupteten, dass ein Teil der gestohlenen 50 Millionen Dollar mit großer Wahrscheinlichkeit in Bulgarien und Libyen »gewaschen« seien. Eine Nachverfolgung der Gelder in diesen Ländern ist viel schwieriger als in EU-Mitgliedsländern, wo eine koordinierte Kontrolle von Geldströmen existiert. Die zwei unter Verdacht stehenden Personen wollten angeblich in Bulgarien in Immobilien investieren.¹⁷

Ungeduldiger Kandidat für eine EU-Mitgliedschaft

In der letzten Jahren wurde in Bulgarien oft über die Notwendigkeit eines Referendums¹⁸ über den EU-Beitritt debattiert¹⁹. Die Parteien sehen darin eine Möglichkeit, sich als »pro-europäisch« darzustellen. Einer Umfrage des MBMD zufolge würden fast 70 % der bulgarischen Bevölkerung bei einem Referendum für den EU-Beitritt stimmen. Eine demokratische Legitimation per Referendum ist nach Meinung der Linken unbedingt erforderlich. Die Gegner eines Referendums indes meinen, dies sei zu teuer und unnötig, da die soziologischen Untersuchungen seit Jahren eine breite Unterstützung von 80-90 % zeigen.²⁰ In diesem Sinne erweise sich die Frage nach einem Referendum als zu spät gestellt. Heute ginge es nur noch um die quasi nachträgliche demokratische Legitimation.²¹ Die Frage sei nicht mehr »Ja« oder »Nein«, sondern nur noch, wie die EU-Mitgliedschaft am effektivsten genutzt werden kann.

2002 fragte eine Moderatorin aus der bulgarischen Radiosendung »Horizont predi vsitschi« die Radiohörer, was ihrer Meinung nach der Preis für den bulgarischen EU-Beitritt wäre. Der erste Anruf war sehr überraschend, da der Radiohörer behauptete, dass niemand in Bulgarien sich um diesen Preis schere. Die Steuergelder sollten nicht für so ein Thema verschwendet werden.²² Diese Meinung ist zwar sehr extrem, aber durchaus repräsentativ. Sie kann freilich auch als ein Zeichen für die schlechte Informationspolitik der Regierung ausgelegt werden. Um Informationsmängel zu beseitigen, hat die Regierung u. a. eine »Kommunikationsstrategie für den Beitritt Bulgariens zur EU« entwickelt – ein erster ernsthafter Versuch der Vorbereitung der Gesellschaft auf die Herausforderungen des Beitritts.

Einer der Vorzüge der Kommunikationsstrategie ist ohne Zweifel die klare Benennung der aktuellen Problembereiche. Unter Kritik stehen die ineffektive Kommunikation unter den verschiedenen Institutionen, das Fehlen von Kenntnissen über die Interessen und Informationsbedürfnisse der verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft wie auch die nur wenigen Debatten über die EU-Integration. Die Strategie beschäftigt sich auch mit dem Risiko einer hohen, aber nur abstrakten Unterstützung der Bevölkerung in Fragen des Beitritts. Es wurden Fehler zugegeben: z. B. die zu stark zentralisierten Kommunikationskanäle, die eine Arbeit auf Kommunalebene weitgehend ausschließen, oder die ineffektive Kommunikation mit den verschiedenen sozialen Gruppen.²³

Zwar sind die vielen Vorteile eines EU-Beitritts ein ständiges Thema in den politischen Versprechen aller politischen Parteien (in Bulgarien sind alle im Parlament repräsentierten Parteien »pro-europäisch«). Die Frage nach den Kosten des Beitritts stellt kaum jemand – und wenn, dann nur im Kontext etwa der Notwendigkeit einer Schließung der Reaktoren des Atomkraftwerks Kozlodui. Was aber würde ein Verbleiben außerhalb der großen europäischen Familie bedeuten?

Die Verluste, die durch eine Nicht-Mitgliedschaft entstehen, wären sehr groß. Es geht um mehr als nur Marktzugang, Direktinvestitionen und Wachstumsschub. Es gäbe den Verlust wichtiger Impulse für die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Reformen, und es drohte eine grundsätzliche Europa-Skepsis.

Insofern ist es bedeutsam, dass die EU-Kommission die Fortschritte Bulgariens bei der Vorbereitung des Beitritts begrüßt, darunter auch die Verbesserung der Lage der Minderheiten im Land.²⁴ Die mit negativen Bewertungen verbundenen Empfehlungen betreffen vor allem weitere Reformen im Justizsystem und dabei insbesondere das vorgerichtliche Verfahren und die Korruptionsbekämpfung. Zwar wurde der Beitrittsvertrag zwischen Bulgarien und der EU am 25. April 2005 unterschrieben²⁵ und der Beitritt des Landes für das Jahr 2007 angekündigt, bis dahin aber müsse das Land noch viel leisten.

Leider wird in Bulgarien bei innerstaatlichen Problemen immer noch häufig die nationalistische Karte gespielt. Trotz der ständigen Versicherung seitens der EU-Politiker, dass jedes Land nach den eigenen Leistungen beurteilt werde, wurde in der Presse spekuliert, der Beitritt Bulgariens könnte verzögert werden – selbst dann, wenn das Land mit der Vorbereitung früher fertig wäre als der Nachbarstaat und Mit-Kandidat Rumänien. Bulgariens Leistungen könnten angeblich von der Leistung Rumäniens abhängig gemacht werden, da ein Gruppenbeitritt eine Senkung der Beitrittskosten mit sich bringe. Das ist nichts Neues für die EU. In der Geschichte der Erweiterungsrounds gab es immer Länder, die auf andere warten mussten, und solche, die, obwohl nicht völlig vorbereitet, mit anderen gemeinsam aufgenommen wurden. Und so ist klar, dass Bulgarien und Rumänien im Jahre 2007 wahrscheinlich gemeinsam beitreten werden, obwohl Bulgarien die Verhandlungen schneller abgeschlossen hat. Aber man muss immer wieder betonen: Auch die Forderungen an Bulgarien sind noch gewichtig. Als im Dezember 2004 von Journalisten die Frage nach einem gesonderten Beitritt Bulgariens aufgeworfen wurde, machte der französische Außenminister Michel Barnie deutlich, dass Bulgarien noch viel in Bereichen wie innere Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung, Reform des Justizwesens, Lebensmittelqualität und Seetransportsicherheit leisten müsse. Außerdem sollte Bulgarien die EU-Fördergelder besser nutzen, damit sie nicht zurück nach Brüssel fließen.²⁶ Kurz gesagt, der Ratschlag lautete: Bulgarien solle sich nicht auf die Probleme der anderen, sondern lieber auf seine eigenen konzentrieren.

Kritische Stimmen

Die linke Opposition in Bulgarien kritisiert vor allem, dass die Beitrittsverhandlungen zentralisiert geführt wurden. Diese Zentralisierung sei typisch für den bulgarischen Vorbereitungsprozess und

24 Das Gespräch der bulgarischen Ministerin für Europäische Integration Meglena Kuneva mit dem EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn fand am 21. Februar 2005 statt.

25 Um in Kraft zu treten, braucht der Beitrittsvertrag noch die Ratifizierung durch die Parlamente aller 25 Mitgliedsstaaten.

26 Paris otnowo poutschawa Sofia, »Trud«, 7. Dezember 2004, S. 27. Bulgarische Journalisten fragten den französischen Außenminister Michel Barnie, ob Bulgarien angesichts der schon abgeschlossenen Beitrittsverhandlungen im Dezember 2004 ein separates Datum für die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags bekommen werde, falls Rumänien die Beitrittsverhandlungen seinerseits bis dahin nicht abschließen könne.

stehe im Gegensatz zu den Dezentralisierungstendenzen in der EU. Die zentralen Einrichtungen, die sich mit dem Beitritt beschäftigen, bezögen die Gemeinden und örtlichen Strukturen nicht genug ein. Eine Dezentralisierung des Vorbereitungsprozesses fordere die Schaffung einer Verhandlungspolitik durch Berücksichtigung der spezifischen Erfahrungen der örtlichen Organe in Bereichen wie Ausbildung, Kultur, kleine und mittlere Unternehmen usw. Einige bulgarische Städte versuchten, sich auf eigene Initiative durch Teilnahme an europäischen Programmen und durch Partnerschaften mit Städten aus der EU in die Integrationsprozesse selber einzubringen.

Wie können die Bürgerinnen und Bürger zu realen Teilnehmern des Prozesses der europäischen Integration werden? Diese Fragen stellt heute, in der gemeinsamen Euphorie vor dem EU-Beitritt, kaum jemand im Land. Bulgarien verfügt nicht über viele Experten mit Fachkenntnissen im diesem Bereich. Insgesamt kennt die Bevölkerung nicht die realen Probleme, die für die Bürger und für den Staat im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt entstehen. Der Eindruck, dass eine EU-Mitgliedschaft automatisch alle Probleme in der Gesellschaft löst, wird von den Politikern ausgenutzt. In der bulgarischen Presse wird kaum über die höheren Kriterien und EU-Standards gesprochen, denen das Land entsprechen muss, bevor eine Mitgliedschaft überhaupt in Frage kommt. Das führt zu falschen Einstellungen in der Gesellschaft. Die Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaft seitens der Bevölkerung ist zwar sehr groß, aber fraglich ist, ob die realen Probleme als Folgen der eingegangenen Verpflichtungen z. B. in der Sozialpolitik oder im Ökologie-, Transport- und Energiebereich richtig bekannt sind.

Ein anderer Kritikstrang betrifft die bulgarischen Experten bei der Führung der Verhandlungen mit der EU-Kommission. In ihrer Mühe, alle von der EU gestellten Forderungen zu erfüllen, hätten sie die nationalen Interessen nicht genug beachtet.

Selbst ausländische Experten sehen eine Neigung der Bulgaren, die eigenen nationalen Interessen nicht immer wahr zu nehmen. Professor Steve Hanke, der sog. Vater des Währungsrats und Berater des früheren bulgarischen Präsidenten Petar Stoyanov, äußerte in einem Interview in der bulgarischen Presse die Meinung, dass Bulgarien früher von der Sowjetunion herumkommandiert worden sei und heute vom Internationalen Währungsfonds herumkommandiert werde. In der bulgarischen Geschichte gebe es viele Beispiele dafür, wie fremde Regierungen und Institutionen Einfluss auf die bulgarischen Politiker ausgeübt haben.²⁷

27 »168 tschasa« v. 28. 1. - 3. 2. 05, S. 15.

Beitrittsfolgen – wirtschaftliche Aspekte

Die Zugehörigkeit zur EU wird das Land für direkte Auslandsinvestitionen attraktiver machen, da der Beitritt als eine Garantie für die politische und wirtschaftliche Zuverlässigkeit des Landes wirkt.

Das Schicksal der Landwirtschaft wird von der EU-Reformpolitik bestimmt. Hier entscheidet sich, wer Gewinner und Verlierer sein wird. »Vor einem zollfreien Handel fürchten sich sowohl die europäischen als auch die bulgarischen Landwirte«, war in der bulgarischen Presse im Jahre 2000 zu lesen.²⁸ Die Liberalisierung der Handelsbeziehungen mit der EU war anfangs per Quotenprinzip geregelt

28 Ot bezmitnata tagowija se strahuwat i evropeiskite, i bulgarskite fermeri, »Trud«, 10. Juli 2000, S. 6.

und bezieht Agrarwaren, die als »sensibel« bezeichnet werden²⁹, ein. Einen erhöhten Import aus den Beitrittsländern sehen einige EU-Länder (Spanien, Griechenland, Italien, Portugal) als eine Bedrohung für ihre Agrarmärkte. Diese Ängste erschienen mindestens im Fall Bulgariens als unberechtigt. Wegen der hohen Hürden der EU-Standards im Veterinär- und Hygienesektor ist das Land oft gar nicht in der Lage, seine Exportquoten für Agrarerzeugnisse auszuschöpfen.

Alle neuen Mitglieder werden vor dem Beitritt durch verschiedene EU-Fonds finanziell unterstützt. Diese Hilfe erwies sich sehr nützlich für die Regionalentwicklung und die Wirtschaft Bulgariens. Während der verschiedenen Finanzkrisen nach der Wende war die EU für das Land als Handelspartner sehr wichtig. Bulgarien bekam einen Markt für seine Ausfuhr in einer Zeit, in der seine größten Märkte gnadenlos abgeschafft wurden. Heute sind die EU-Mitglieder größter Auslandsinvestor in Bulgarien.

Finanziell wird Bulgarien zu einem Netto-Nehmerland: Es bekommt mehr EU-Gelder zurück, als es einzahlt.³⁰ Der EU-Beitrag des Landes wurde auf eine Milliarde Euro berechnet. Während der ersten drei Jahre nach dem EU-Beitritt soll das Land insgesamt 4,73 Mrd. Euro bekommen. Für Agrarwirtschaft sind 1,55 Mrd. Euro vorgesehen. Davon bekommen die Landwirte 432 Mio. Euro an direkten Zahlungen. 733 Mio. Euro sollen der Entwicklung der landwirtschaftlichen Regionen, 388,1 Mio. Euro den Marktinterventionen dienen. In den ersten drei Jahren der Mitgliedschaft soll Bulgarien 2,3 Mrd. Euro für die Regionalentwicklung und Infrastruktur bekommen. Bulgarien erhält bis Ende 2006 noch 5,5 Mrd. Leva für Ökologie. Die Finanzmittel vervielfachen sich nach dem EU-Beitritt.³¹ Die Kompensation für die geforderte Stilllegung von vier Atomreaktoren des Atomkraftwerks Kozloduj beträgt 550 Mio. Euro.³²

Am 3. Februar 2005 unterzeichnete die bulgarische Sozialministerin Hristina Hristova ein Memorandum mit der EU. Nach einem Beitritt stünden Bulgarien für den Zeitraum 2007-2009 2,3 Mrd. Euro als Hilfgelder u. a. für die Senkung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Ausbildungsplätzen, für das Gesundheitswesen, für die Beschäftigungspolitik und die Infrastruktur zur Verfügung.

Gewinner und Verlierer

Politisch würde eine EU-Mitgliedschaft das internationale Ansehen eines kleinen Landes wie Bulgarien erheblich verbessern. Das Land wird mit 17 von insgesamt 786 Abgeordneten im Europäischen Parlament mitwirken können. Darüber hinaus brächte die seitens der EU geforderte Rationalisierung im öffentlichen Dienst eine Verminderung der entsprechenden Haushaltsausgaben. Andererseits wird die europäische Gesetzgebung, die die Einführung u. a. von ökologischen Gebühren fordert, zu Preiserhöhungen führen.

Die Anstrengungen, die Kriterien der Wirtschafts- und Währungsunion zu erfüllen, haben das Ziel, funktionierende Kapital- und Arbeitsmärkte herzustellen. Stärkt das Land so seine Finanzstabilität, wird es auch in der Lage sein, Wirtschaftswachstum zu gewährleisten und als Folge spürbare Änderungen im Sozialbereich herbei zu führen.

Der Beitritt wird unterschiedliche Wirkungen auf die verschiedenen sozialen Gruppen haben. Für die Minderheiten bringt er eine

29 Schweine- und Geflügelfleisch, Käsearten, frische und konservierte Tomaten, Äpfel usw.

30 Meglena Kuneva in: »Dnevnik online«, www.dnevnik.bg (Stand: 19. Dezember 2004).

31 Interview mit Dolores Arsenova, Ministerin für Ökologie und Wasser, v. 21. November 2003, in: »KESCH« Nr. 46, S. 21.

32 »Capital«, Nr. 24 v. 9.-25. Juni 2004.

erhöhte soziale Sicherheit und Rechtsschutz. Die ältere Generation ist meist der Verlierer, die Generation zwischen 35 und 41 Jahren ist wegen ihrer Flexibilität potenzieller Gewinner. Die am meisten negativ betroffenen Gruppen werden die weniger qualifizierten Arbeitskräfte und die Landwirte sein. Sie werden wahrscheinlich Adaptionsschwierigkeiten erleben. Die qualifizierten Arbeitskräfte hingegen werden zu den Gewinnern eines Beitritts zählen. Die Verbraucher werden in den Genuss höherer Qualität und Produktionsstandards, günstigerer Preise von Waren und Dienstleistungen und einer saubereren Natur kommen. Die wettbewerbsfähigen Produzenten werden im erweiterten Privatsektor gewinnen, diejenigen, die nicht wettbewerbsfähig sind, werden verlieren. Viele Arbeitsplätze in nicht konkurrenzfähigen Bereichen werden abgeschafft. Sehr schwierig wird es für die Langzeitarbeitslosen. Fachkräfte werden in Infrastruktur- und Naturschutzprojekten sowie im öffentlichen Dienst nachgefragt. Die Beamten im öffentlichen Dienst, die sich mit den Problemen der europäischen Integration beschäftigen, werden auch unter den Gewinnern sein. Andererseits bleiben nach umfangreichen Reformen im öffentlichen Dienst viele Beamten arbeitslos.

Die Übernahme des gemeinsamen Zolltarifs wird sich ganz unterschiedlich auf Produzenten, Verbraucher und die Wirtschaft auswirken. Die Abschaffung von Handelshemmnissen begünstigt die bulgarischen Exporteure und Verbraucher, geht aber auf Kosten derjenigen nationalen Produzenten, die europäisch wettbewerbsunfähig sind. Verschiedene EU-Programme und sogar Fördermittel stehen zur Verfügung, um vor dem Beitritt die Wettbewerbsfähigkeit der kleineren und mittleren Unternehmen zu stärken. Wie viele es von diesen schaffen werden, nach dem Beitritt auf dem Markt zu bleiben, ist eine offene Frage.

Von der Dienstleistungsverkehrsfreiheit werden die Verbraucher im Land profitieren, da der Wettbewerb bessere Qualität und günstigere Preise der Dienstleistungen mit sich bringt. Gewinner nach dem Beitritt sind diejenigen Dienstleister, die schon die europäischen Standards umsetzen. Meistens sind das noch vor dem Beitritt privatisierte oder durch ausländische Investitionen kontrollierte Dienstleister. Als weitere Gewinner nach dem Beitritt werden die Branchen Tourismus, Kleinhandel und Kundendienst erwartet.

Die großen Verlierer werden voraussichtlich die Staatsmonopolunternehmer aus dem Energiesektor, die kommunalen, Finanz- und Versicherungsdienste, die Bahn- und die Luftfahrtindustrie sein.³³

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich freilich ein Drama: das Drama von Tausenden künftigen Arbeitslosen, die den Sozialpreis dieses ökonomischen Wandels zahlen müssen. Die großen Verlierer werden die Generationen der in den 40er und 50er Jahren Geborenen wie auch die jetzigen Rentner sein. Sie haben für einen Traum gelebt, der nie in Erfüllung gehen konnte. Am Ende des Lebenswerks haben sie nichts in den Händen. Sie fühlen sich von den Politikern der neuen Zeit verraten. Schließlich haben sie für eine Schimäre gelebt – und was bleibt? Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren vor der Rente und danach so kleine Renten, dass ein würdiges Alter nicht gesichert werden kann.

33 »Buletin Evropa«, Nr 5/2003, S. 8.

Das Leben seit der Wende – eine andere Perspektive

Der Transformationsprozess in Bulgarien sei bereits vollzogen – meint der Soziologe Andrei Raitschev. Er behauptet, dass es der Bulgarischen Kommunistischen Partei in 45 Jahren Machtausübung gelungen sei, den Lebensstandard mehrmals zu erhöhen und eine kulturelle Öffnung nach Westen zu beginnen. Das erkläre, warum das Land keine Dissidenten und keine »Solidarność« hatte. Raitschev ist außerdem der Meinung, dass sich die lange Dauer des Übergangs vom Totalitarismus zur Demokratie in Bulgarien aus der zwischen den Eliten abgeschlossenen Vereinbarung »Zeit gegen Macht« erkläre. Die alten Eliten hätten Zeit gewonnen, aber Macht verloren. Und bei den neuen Eliten sei es umgekehrt: Sie hätten Macht gewonnen, aber Zeit verloren. Die Restitution, die der Privatisierung vorausging und 40 Mrd. Dollar kostete, diene dem Ziel, die ehemaligen Bourgeois zu begünstigen. Die dadurch entstandene politisch-wirtschaftliche Elite drängte die echte kulturelle, wissenschaftliche und akademische Elite der Nation an die Peripherie. Die »Mittelklasse« umfasste in den sozialistischen Zeiten 80 % der Bevölkerung. Die ersten 10 Jahre nach der Wende führten zu einer Arbeitslosigkeit von 25 %. Die Industrieproduktion sank um 50 %, die Löhne und die Kaufkraft sogar um 75 %, das BIP um 40 %. 1999 war der Verbrauch der Oberschichten, die nur 8 % der Bevölkerung darstellen, in der Summe genauso groß wie der Verbrauch der Unterschichten, die 73 % der Bevölkerung ausmachen. Was ihre Konsumtion betrifft, ist das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen 20:1. Unwiderruflich verloren gegangen sind heute für viele die Staturelemente der sozialistischen »Mittelklasse« – Eigentum, Ausbildung, Gesundheitswesen, Mutterschaftsfürsorge, Urlaub. Schrecklich ist die Tatsache, dass von dem Deklassierungsprozess auch die Kinder betroffen werden. So verwandelte sich die bulgarische Schule auch in eine Institution für Ungleichheit. Fast die Hälfte aller Kinder sind schon in der Schule Outsider.³⁴

Auf dem Weg in die EU, der ohne vernünftige Alternative ist, müssen Mechanismen geschaffen werden, die die Balance zwischen Gewinnern und Verlierern in diesem Prozess verbessern. Eine Beschleunigung der inneren Reformen sollte darauf zielen, die Wettbewerbsfähigkeit, die Arbeitsmobilität und Qualifikation zu verbessern. Außerdem ermöglicht eine qualifizierte Ausbildung, die EU-Finanzhilfen effektiv zu nutzen.

Wie weiter mit dem »Traum von Europa«?

Europa wuchs zusammen, weil die Völker nie wieder Krieg auf dem Kontinent zulassen wollten und die Überzeugung besteht, dass eine engere Zusammenarbeit der Staaten allen zum Wohle gereichen würde. Zugunsten und im Namen der Bewohner der EU wurde ein Binnenmarkt geschaffen, Handelshemmnisse und Grenzen wurden abgebaut, eine gemeinsame Währung wurde eingeführt.

Dabei gab es auch reichlich Fehler. Die Fragen, die damals und heute immer noch die gleichen sind, lauten: Wohin geht Europa? Gerecht es wirklich allen zum Wohl? Lohnt es sich?

Es muss eine Balance gefunden werden: der Punkt, wo sich die vielen unterschiedlichen Interessen treffen – und sich nicht gegen-

34 Dr. Dimitur Ivanov:
Swarschi li prehodont Rait-
schew kato Engels, »Trud«,
8. Dezember 2004, S. 12.

einander stellen. Das ist eine Aufgabe, die man den Politikern auferlegen muss – aber nicht nur ihnen. Der Prozess muss von der gesamten Öffentlichkeit richtig verstanden und akzeptiert werden. Wichtige Faktoren hierzu sind eine fundierte Informationskampagne und die Einbeziehung von möglichst breiten Kreisen der Bevölkerung. Es ist die Europa-Apathie der letzten Jahre, die zur heutigen Krise Europas geführt hat. Wenn man die Zukunft Europas nicht allein den Politikern überlassen will, muss man sich einmischen und aktiv in der Gestaltung des Kontinents mitwirken.

Und man darf die Gefahr nicht übersehen, die aus sozialen Spannungen erwächst. Der umstrittene Verfassungsentwurf ähnelt sehr wohl einem Globalisierungsversuch, und bekanntermaßen sind die Globalisierungstendenzen in der heutigen Welt alles andere als sozial ausgeprägt. Mit dem »Nein« in Frankreich und in den Niederlanden ist klar geworden, dass die Völker dieser Länder vom Leben im »Haus Europa« mehr Lebensqualität erhoffen. Das betrifft auch ihre sozialen Erwartungen. Es ist an der Zeit, das gesellschaftliche, ökologische und menschliche Gesicht unserer Zivilisation zu bewahren. Schließlich ist es unser gemeinsamer »Traum von Europa«.

Sprachliche Bearbeitung: WOLFRAM ADOLPHI